



Ercheinungsweise: 6mal wöchentl. Anzeigenpreis: Die Zeile 120 Mt., Familienanzeigen 75 Mt., Reklamen 300 Mt. Auf Sammelanzeigen kommt ein Aufschlag von 100 %.

Samstag, den 17. März 1923.

Bezugspreis: In der Stadt mit Trägerlohn 3400 Mt. monatl. Postbezugspreis 3400 Mt. ohne Postgebühren. Schluß der Anzeigenannahme 8 Uhr vormittags.

Neueste Nachrichten.

In den letzten Tagen ist — zweifellos von Entente-Seite — ein Trommelfeuer von Vermittlungsgerüchten auf die Deffentlichkeit losgelassen worden, die nun mit demselben Kraftaufwand auch wieder dementiert werden. So wiederholt Reuters den Standpunkt Englands, daß es in dem Ruhrkonflikt „neutral“ zu bleiben gedenke, und daß es an Deutschland sei, bei Frankreich und Belgien zu sondieren. Auch das Auswärtige Amt in Washington dementiert das Gerücht, als ob England an Amerika herantreten sei, um dieses zur Vermittlung zu veranlassen. Die amerikanische Regierung vertrete die Auffassung, daß Frankreich eine solche Vermittlung nicht wünsche, man werde aber die Lage aufmerksam verfolgen, um eine passende Gelegenheit zu einer Lösung zu finden.

Die „Erfolge“ der Ruhraktion werden von dem Organ der französischen Schwerindustrie dahin gekennzeichnet, daß 80 bis 90 Prozent der Hochöfen „gestoppt“, also entweder gelöscht sind oder doch nur mit halber Kraft arbeiten, wodurch die Gefahren der Arbeitslosigkeit in Frankreich sich täglich vergrößern. Durch diesen Hinweis will man Poincaré zur Beschleunigung der Rotsabfuhr aus dem Ruhrgebiet mit allen Mitteln treiben.

Die Reparationskommission will Einspruch erheben gegen die Auflegung der deutschen Dollarkonzepte, da die Alliierten ein finanzielles Vorecht in Deutschland hätten. Man sieht daraus, daß der Entente gar nichts an der Besserung der Mark liegt.

Zur Hinblick auf die erbitterte Stimmung in Deutschland gegen Frankreich und Belgien hat die deutsche Regierung um Ersetzung von französischen und belgischen Kontrolloffizieren in Deutschland durch andere Offiziere nachgesucht, was jedoch nicht gewährt wurde.

Zur Lage.

Ueber die französisch-belgischen Verhandlungen in Brüssel hört man eigentlich im Gegensatz zu der sonstigen Mitleidlichkeit der offiziellen Entente-Prese bei derartigen Anlässen recht wenig. Es war natürlich zu erwarten, daß man eine halbamtliche Ausschussung loslassen würde, aus der die „vollständige Einigkeit“ der beiden Alliierten über das Problem der Ruhrfrage ersichtlich sein würde, und eine solche Erklärung ist auch prompt erfolgt. Einzig soll man sich darüber gewahrt sein, daß das Ruhrgebiet nur stoffweise, je nachdem Deutschland seine Reparationsverpflichtungen erfüllt, geräumt werden solle. Das ist ungefähr derselbe „Rechts“-Standpunkt wie der bezüglich der Räumung des Rheinlands nach 15 Jahren, wenn — Deutschland die Reparationsverpflichtungen erfüllt habe. Da Frankreich und sein belgisches Anhängel diese Forderungen so hoch gestellt haben, damit sie nicht erfüllt werden können, so ist die weitere logische Folgerung durchaus eindeutig. Es ist aber immerhin doch bemerkenswert, daß die Belgier darauf bestanden haben — sollen, der Welt schon jetzt in der kategorischsten Form die Versicherung zu geben, daß „Frankreich und Belgien niemals und in keiner Weise daran gedacht hätten, das Ruhrgebiet vom Deutschen Reich zu trennen, noch weniger, es zu annektieren.“ Wie man allerdings diese „Versicherung“ in Einklang mit dem Riesenaufwand an militärischen und finanziellen Mitteln bringen will, die zur Besetzung des Ruhrgebiets und des rechtsrheinischen Gebiets erforderlich waren, entzieht sich bisher unserer Kenntnis. Daß man diesen Riesenapparat nur deshalb anwenden wollte, um die paar tausend Tonnen zu wenig gelieferter Kohlen zu holen, oder aber um uns die ganze erhabene Größe der „Grande nation“ vorzuführen, vermögen wir doch nicht so ohne weiteres anzunehmen, trotzdem es uns bekannt ist, daß der Franzose es sich etwas kosten läßt, wenn es um die „Gloire“ geht. Man wird also zu dem Schlusse kommen, daß trotz aller Versicherungen die „friedliche“ Aktion im Ruhrgebiet ganz andere Ziele verfolgt, als die, die man zur Bemäntelung der aller Rechtsanschauung höhn sprechenden Gewalt- und Raubpolitik angibt.

Ob Frankreich diese Ziele zu erreichen imstande sein wird, wird von der moralischen Widerstandskraft Deutschlands abhängen, denn trotzdem wir im Hinblick auf unsere vollständige militärische Ohnmacht und ohne jegliche Aussicht auf Hilfe von auswärts an keinen bewaffneten Widerstand denken können, besitzen wir eine wirkliche Waffe, die uns bei zähem, überlegtem Aushalten den Endsieg bringen kann und muß, die Waffe des Rechts. Daß den Franzosen der passive Kampf der deutschen Bevölkerung, der deutschen Regierung viel weniger angenehm ist als ein unter den jetzigen militärischen und politischen Ver-

hältnissen sinnloser aktiver Widerstand, der ihnen den gewünschten Anlaß zur Geltendmachung ihrer gegenwärtigen Ueberlegenheit bieten würde, ist für jeden Einsichtigen klar. Um das deutsche Volk zu einer unbesonnenen leidenschaftlichen Tat hinzureißen, werden ja von der französischen Soldateia neben offenem Raub privaten Eigentums die unerhörtesten Schandtat an den Beamten und der Bevölkerung im Ruhrgebiet begangen. Weil die Franzosen merken, daß ihre Aktion nicht den gewünschten Erfolg zu erreichen die Aussicht hat, hat jetzt auch zwecks Besserung der moralischen Lage Poincaré erklärt, daß Frankreich geneigt sei, etwaige positive deutsche Vorschläge zu „hören“, die man selbstverständlich auch wieder als unannehmbar bezeichnen würde. Diese Auffassung, daß Deutschland zuerst Vorschläge zur Regelung der Reparationsfrage machen müsse, nachdem man vor dem Ruhrereignis von dem letzten sehr weit gehenden deutschen Angebot nicht einmal Notiz zu nehmen für nötig fand, wird jetzt auch offiziell von England vertreten. Reuters meldet, wie wir gestern mitgeteilt haben, an zuständiger Stelle werde erklärt, Großbritannien werde bei nächster Gelegenheit seinen Entschluß wiederholen, zwischen Deutschland einerseits und Frankreich und Belgien andererseits nicht zu vermitteln. Die Frage geht England nichts an, insofern als es Deutschlands Aufgabe sei, einen Plan vorzulegen, der Frankreich und Belgien befriedige. Nachdem also Lloyd George seine ganz gewiß nicht zu verachtende Rhetorik darauf verwendet hatte, die große weltpolitische Gefahr der französischen Gewalt- und Vernichtungspolitik zu bekämpfen, nachdem er sogar seinen Ministerpräsidentenposten im Kampfe um den Sieg seiner „Idee“ geopfert hatte, nachdem sein Nachfolger Bonar Law, trotz größter Entgegenkommens gegenüber der französischen Ansicht schließlich doch auch darauf hingewiesen hatte, daß England eine Teilnahme an der französischen Aktion abgelehnt habe, weil man diese für ungeeignet zur Erlangung der Reparationszahlungen betrachte, ist man im Foreign Office jetzt zu dem Schlussergebnis gekommen, daß England die ganze Ruhrgefahr von Haut und Haar gar nichts angehe. Dieser Standpunkt wird vertreten, trotzdem England als Hauptbeteiligter an dem Zustandekommen des Versailles-„Vertrags“ figuriert hat, und also auch als Hauptkontrahent für dessen Einhaltung, und zwar nicht nur von deutscher Seite, verantwortlich ist. Aber bekanntlich sind wir noch weit davon entfernt, daß internationale Verträge nach der Lage der objektiven Rechtsverhältnisse beurteilt und gehalten werden müssen, weil keine internationale Rechtsinstanz vorhanden ist, die die Macht besitzen würde, diese Verträge zu schlichten. Weil also bis auf den heutigen Tag nicht das Recht, sondern die Macht in internationalen Fragen entschieden hat, deshalb kann England es sich auch leisten, den Rechtsstandpunkt hinter seinem Interessenstandpunkt zurücktreten zu lassen. Und seine politischen und wirtschaftlichen Interessen weisen England, wie wir immer und immer wieder betont haben, auf die Seite Frankreichs und seiner in Europa geschaffenen Allianz mit der sog. „kleinen Entente“. Es handelt sich hier eben einfach um eine Teilung der politischen und wirtschaftlichen Macht- und Interessensphären, da selbstverständlich keiner der beiden Verbündeten allein in oder gar gegen den andern in der Lage wäre, seinen durch den Weltkrieg ins Riesenhafte erweiterten Machtbesitz zu verteidigen. Also nicht rein politische oder rein wirtschaftliche Gesichtspunkte sind es, die Frankreich und England und das hinter diesen stehende Amerika zu offenem oder geheime Zusammenhalten veranlassen, sondern beide, in stetiger Wechselwirkung zu einander befindliche Momente. Frankreich hat jetzt die englisch-amerikanische Politik der Erwerbung des Erdölweltmonopols im Orient unterstützt, England und Amerika unterstützen durch ihre Passivität als Gegenpart dazu die Politik der französischen Schwerindustrie einerseits, das Eisen- und Kohlenmonopol in Europa zu erhalten, und der französischen Nationalisten andererseits, das linke Rheinufer in den dauernden Machtbereich Frankreichs zu bringen, um so mit der Zeit das Blut des greisenhaften französischen Volkes wieder aufzufrischen.

Diese Tatsachen der Kräfteverhältnisse und Kräftewirkungen müssen wir uns besonders heute vor Augen halten, um zu erkennen, vor welche Aufgaben uns der deutsche Widerstand stellt, der nur durch Geschlossenheit nach außen hin und mit eiserner Ruhe zum guten Ende führen kann. Wenn wir uns dabei darüber klar sind, daß Frankreich durch diesen Kampf mindestens dieselben wirtschaftlichen Schäden erleidet, daß es sich militärisch, politisch und moralisch immer mehr exponiert, was ja von seinen eigenen Staatsmännern und Politikern zugegeben wird, wenn wir bedenken, daß England heute ein Wieder-aufleben des Weltkrieges sehr zu fürchten hat, dann werden wir auch die Kraft zur Ausdauer finden. O. S.

Die französische Gewaltpolitik.

Das Organ der französischen Schwerindustrie über den schweren Misserfolg der Ruhraktion.

Paris, 16. März. Was von den großherzigen Reden, von den in Fanfaren tönen gehaltenen Zeitungsaufstellungen der Regierung zu halten ist, darüber klärt heute in ganz überzeugender Weise das Organ der französischen Schwerindustrie, das „Sour-née Industrielle“, die öffentliche Meinung in Frankreich auf. Ueber die Lage der französischen Schwerindustrie schreibt das Blatt: Auf den Halben der Ruhr liegen 400 000 Tonnen Koks, auf die Frankreich Anspruch hat. Sie würden genügen, um zwei Monate in gewissem Grade die Tätigkeit unserer Hochöfen zu sichern, von denen 80 bis 90 Prozent gestoppt sind. Bis jetzt haben die Deutschen alles getan, um die Abbeförderung zu verhindern. Die zeitweise Arbeitslosigkeit unserer Metallindustrie ist in der Tat eine der besten Waffen, über die sie gegen uns verfügen. Das Blatt betrachtet dann die Ruhrfrage von folgenden zwei Gesichtspunkten: 1. Seit Beginn der Ruhroperationen seien nach Frankreich und Deutschland nicht mehr als zehn Waggons Koks herausgekommen. Die Franzosen haben dadurch bis jetzt etwa 20 Millionen Franken verloren, da die Industrie trotz alledem ihre Arbeiter habe beschäftigen wollen. Ausschlaggebend sei aber nicht dieser Verlust, sondern die Tatsache, daß künftig tausende von französischen Arbeitern zum Feiern gezwungen sein würden, daß der Metallpreis steigen werde, wie alle anderen Preise und daß gerade die in der Pariser Gegend so zahlreichen Industriezweige von der Arbeitslosigkeit schief bedroht würden. Das Ansteigen der Preise, die Arbeitslosigkeit und der Wirrwarr, die daraus entstehen würden, seien gerade im gegenwärtigen Augenblick für die Sozialisten wünschenswert. 2. Während die französischen Hochöfen stillliegen und die alliierte Industrie Arbeitslosigkeit und Teuerung herannahen sehe, rühmten sich die Industriellen im nichtbesetzten Deutschland, daß sie Kohlenvorräte oder Importkohle für drei Monate hätten. Wenn man das so weitergehen lasse, müsse die Ruhrbesetzung zu einem zwecklosen Unternehmen werden. Wenn die Besetzung eine Zwangsmaßnahme sei, so müsse der Zwang wirksamer durchgeführt werden; sei die Besetzung keine Zwangsmaßnahme, so habe sie keinen Zweck. Man habe jetzt 2 1/2 Monate im Ruhrgebiet gestanden. Irgend etwas hätte man dabei herausholen müssen. Wenn die Regierung jetzt den Beschluß gefaßt habe, die Kohlenhalben zu räumen, so verfüge sie doch sicher über die Mittel dazu, diese Räumung vorzunehmen. Besitze sie diese Mittel nicht, so sei der Entschluß zum Unheil gefaßt worden. Aber dadurch habe die Regierung gegen ihre Pflicht verstoßen. Es sei oft wiederholt worden, daß die Besetzung des Ruhrgebiets von den französischen Industriellen diktiert worden sei. In Wirklichkeit seien diese Industriellen beiseite gestochen worden. Wenn sie heute ihre Stimme erheben, so deshalb, weil es sich nicht mehr um reinen Gewinn oder Verlust handelt, sondern um Arbeitslosigkeit, Teuerung, soziale Wirren und um die nationalen Gefahren, die daraus entstehen würden.

England bleibt „neutral“ in der Ruhrfrage!

London, 17. März. (Reuters.) Gegenüber weiteren Gerüchten über eine Vermittlungsaktion wird nochmals festgelegt, daß Großbritannien an seiner Neutralitätspolitik in der Ruhrfrage festhält und die Auffassung vertritt, daß die offenbare Lösung darin besteht, daß Deutschland Frankreich und Belgien sondiert.

Ein Gerücht!

Berlin, 17. März. Der „Berl. Volksanz.“ will wissen, daß sich der Direktor der Bank von England, Montague Norman, der sich seit einigen Tagen in Paris aufgehalten hat, auf dem Wege nach Berlin befindet.

Auch Amerika dementiert.

London, 16. März. Reuters meldet aus Washington: Hughes hat ein amtliches Dementi der Pressemeldung, wonach Großbritannien Vorschläge für eine amerikanische Vermittlung zwischen Frankreich und Deutschland in der Ruhrfrage gemacht haben sollte, veröffentlichten lassen.

Die übliche Zurückhaltung Amerikas.

Paris, 16. März. Havas ergänzt in einer Meldung aus Washington die vom „New York Herald“ wiedergegebene amtliche Erklärung des Staatsdepartements über ein angebliches Ersuchen um Vermittlung zwischen Deutschland und Frankreich durch folgende Bemerkungen: In amtlichen Kreisen herrsche die Empfindung, daß Frankreich nicht geneigt sei, Vorschläge seitens irgend einer anderen Macht entgegenzunehmen. Infolgedessen komme zur Zeit kein Vorschlag in Betracht. Indessen beobachten die

en
Mar.
Is.
ellen
liegen
eben.
ektion
Kapff;
sbank
werden.
Bezirt.
nung
nachmittags
öwen“ statt.
weise
ebot!
ich,
ist!!
elbbar
Sporthosen
19 000 Mk.,
gefördert, weit
unter dem deut.
vorthoje aus
in lang, wasser-
aus erhaltlich,
breit 3 000 Mk.
der Meter.
en und Blusen
a. per Meter.
Dk. bis 6000
übers vorteilhaft
e
vorzügliche Qua-
er.
rbände. Vereine
land per Nach-
porto- und ver-
g.
attgart,
46.
eck 6841.
ische Waren
platz;
iken.

amtlichen Kreise die Lage mit großer Aufmerksamkeit. Wo sich eine passende Gelegenheit böte, würden sie versuchen, die Lösung zu unterstützen. Bisher sei der Regierung von Washington amtlich nichts von Verhandlungen bekannt, die augenblicklich zwischen London und Berlin schweben und die zum Ziele hätten, Frankreich eine Regelung vorzuschlagen.

Frankreich bezeichnet die Reparationskommission als „Vermittler“.

Paris, 16. März. Der halbamtliche „Petit Parisien“ schreibt: Ein Besuch des deutschen Botschafters Sthamer im Foreign Office am Mittwoch scheint zu phantastischen Gerüchten Anlass gegeben zu haben. In London seien hartnäckige Gerüchte verbreitet gewesen, daß die deutsche Regierung sich an die englische Regierung um Übermittlung der Vorschläge für eine Regelung der Ruhrfrage an die französische und belgische Regierung gewandt habe. Bisher sei es durch nichts bestätigt worden, daß die deutsche Regierung derartige Absichten habe. In London sei man sich klar darüber, daß ganz allgemein irgend ein Vermittlungsversuch von Frankreich und Belgien als ein wenig freundschaftlicher Akt angesehen werden würde. Ueberdies scheint aber die Ansicht der offiziellen englischen Kreise dahin zu gehen, daß, wenn Deutschland Vorschläge mache, diese absichtlich unzureichend gestaltet würde zum Zweck der Propaganda bei den Zuschauern des gegenwärtigen Kampfes Vorschub zu leisten. Unter diesen Umständen würde jeder deutsche Schritt in der angekündigten Art in London verschlossene Türen finden. Deutschland wisse ohne Zweifel, woran es sich in dieser Beziehung zu halten habe. Es wisse auch, daß, wenn es ernstlich verhandeln wolle, der Vermittler im Voraus bestimmt sei: die Reparationskommission.

Die Reparationskommission gegen die deutsche Goldanleihe.

Paris, 17. März. Die Reparationskommission beschäftigte sich gestern vormittag mit zwei Deutschland betreffende Fragen und zwar zuerst mit der von der deutschen Regierung aufgelegten Goldanleihe. Die franz. Delegation bestreitet dem Deutschen Reich das Recht, eine solche Anleihe aufzulegen, da die Alliierten ein allgemeines Vorkrecht in Deutschland besäßen. Auf Vorschlag des italienischen Delegierten Ameglio wurde die Frage wegen ihres Zusammenhangs mit anderen Fragen dem juristischen Beirat der Reparationskommission überwiesen. Die französische Delegation überreichte ferner eine Note, in der sie feststellt, daß die deutsche Regierung bisher keinerlei Vorschläge über das in Frankreich auf Reparationskonto auszuführende Programm öffentlicher Arbeiten unterbreitet habe. Die franz. Delegation hat sich in dieser Hinsicht alle ihre Rechte vorbehalten, wovon die Reparationskommission Kenntnis nahm.

Die französischen Verschleierungsversuche bezüglich der Mordtat in Buer.

Buer, 17. März. Die Gewaltmaßnahmen der Franzosen gegenüber den deutschen Zeugen in der Mordsache nehmen ihren Fortgang. Der Hauptzeuge, Bergmann Wiking, der, wie er protokolllarisch erklärte, nach dem Attentat die beiden französischen Offiziere taumeln sah und beobachtete, wie die beiden Alpenjäger schnellsten Schrittes sich entfernten, ist noch immer in französischer Haft. Gestern erschienen französische Kriminalbeamte und Soldaten bei seiner Frau und erklärten, ihr Mann habe bereits die Tat eingestanden. Sie solle ihnen den in der Wohnung befindlichen Revolver, mit dem die Offiziere erschossen worden seien, herausgeben. Trotz ihrer Erklärung, daß ihr Mann unmöglich der Täter sein könne und niemals einen Revolver besessen habe, durchsuchten sie die ganze Wohnung, aber ohne jeden Erfolg. Das Bestreben der Franzosen geht nunmehr dahin, die Tat Belgien zuzuschreiben. Nach der Mitteilung eines Gastwirts hat man von ihm eine Erklärung verlangt, wonach der Zeuge Wiking gleich nach der Tat gesagt haben solle, er habe belgische Soldaten davonlaufen sehen.

Berlin, 16. März. Die beiden von den Franzosen verhafteten deutschen Augenzeugen des Attentats auf die französischen Offiziere in Buer sind, unbekannt wohin, weggebracht worden. Die deutsche Kriminalpolizei hat ihre Ermittlung in der Angelegenheit eingestellt, da ihre Arbeit von den Besatzungsbehörden vollständig verhindert wird.

Die planmäßige Fortsetzung der Gewalttaten.

Münster, 16. März. Am 14. März ist in Recklinghausen in der Nähe der Zeche „Blumental“ der Bergmann Hoffmann von den Franzosen grundlos erschossen worden. Heute morgen ist die Zecheanlage „Sibernia“ und die Zeche „Blumental“ in Recklinghausen von französischem Militär besetzt worden. Die Besatzungen sind in einen Proteststreik getreten. — In Buer wurden heute nachmittag infolge eines heute morgen der Stadtverwaltung übergebenen Befehls, wonach Briefkästen an die Besatzung abzuliefern sind, sämtliche Briefkästen abgeschossen.

Sogar die Neutralen werden ausgeraubt.

Worms, 17. März. Am Montag abend wurde hier auf der Rheinbrücke eine Dame aus der Schweiz, nachdem sie von zwei französischen Soldaten angehalten und durchsucht worden war, von diesen ihrer Burschaft in Schweizer Franken und deutscher Reichsmark beraubt. Der Beschwerde der Geschädigten in der Kaserne wurde kein Gehör geschenkt und auch kein Protokoll über den Vorfall aufgenommen.

Die Folgen der Militarisierung der Eisenbahnen.

Körs, 17. März. Bei einem Zusammenstoß zwischen einem Militärzug und einem Güterzug wurden mehrere Personen getötet und eine Anzahl schwer verletzt.

Ludwigshafen, 16. März. Heute früh gegen 5 Uhr ist ein von den Franzosen geführter Personenzug kurz vor der Station Oggersheim infolge falscher Weichenstellung auf das Anschlußgleis des städt. Gaswerks geraten. Das Tor des Gaswerks wurde eingetrennt und 5 mit Kohlen beladene Wagen aus den Schienen geworfen. Die Lokomotive des Personenzugs ist ebenfalls entgleist. Außerdem sind

mehrere Wagen des Personenzugs schwer beschädigt worden. Eine Frau wurde am Arm verletzt.

Der Reichsverkehrsminister über den Ruhrstreik.

Berlin, 15. März. In der heutigen Sitzung des Haushaltsausschusses des Reichstags nahm Reichsverkehrsminister Gröner das Wort, um den Eisenbahnern, die im Westen den schweren Kampf zu bestehen haben, für ihre vorbildliche Haltung den wärmsten Dank der Reichsregierung auszusprechen. Nach den bisherigen Feststellungen sind 142 Eisenbahner verhaftet, 73 ausgewiesen und 52 aufs schwerste und unmenschlichste mißhandelt worden, ungezählt diejenigen, die aus ihrer Wohnung vertrieben und auf die Straße gesetzt worden sind. Selbstverständlich bemüht sich die Reichsregierung, für alle diese pflichttreuen Deutschen die sorgfältigsten Fürsorgemaßnahmen zu ergreifen. So wurden Flüchtlingsberatungsstellen in Bielefeld, Fulda, Mannheim und Karlsruhe eingerichtet. Diese Flüchtlingsberatungsstellen haben die Aufgabe, die Ausgewiesenen und Verdrängten zunächst mit Geld zu versehen, ihnen Wohnung zu verschaffen und sie an ihren demnächstigen Beschäftigungsort zu bringen. Schäden an Leib und Leben, sowie alle Sachschäden, welche die Vertriebenen durch die Besatzungsmächte erlitten haben, werden in vollem Umfang ersetzt. Nach wie vor rechnet der Reichsverkehrsminister mit der so wertvollen Mitarbeit der Gewerkschaften. Im Reichsverkehrsministerium finden täglich Besprechungen mit den Spitzenorganisationen statt. Bei der Generalbetriebsleitung in Elberfeld wurde ein Abwehrausschuß gebildet. — Alsdann wandte sich der Minister dem Problem der Verkehrs- und betriebswirtschaftlichen Bedeutung des Ruhrgebiets und des widerrechtlich besetzten Gebiets zu. Von der gesamten Güterbewegung auf den deutschen Eisenbahnen (in Tonnen) entfielen auf das jetzt besetzte Gebiet im Westen rund 45 Prozent. Davon entfielen auf das Ruhrgebiet rund 34 Prozent. Insgesamt werden westlich der allgemeinen Linie Hamburg-Nürnberg durch die Rhein-Ruhrfrage 70 Prozent der Güterbewegung betroffen. Von der gesamten Streckenlänge der Reichsbahn sind 12 Prozent besetzt. Die Ersolge der Militarisierung der Eisenbahnen durch die Gegner lassen noch immer sehr geringe Verkehrsmöglichkeiten für diese zu.

Kauf keine belgische u. französische Waren.

Zur auswärtigen Lage.

Englischer Optimismus bezüglich der Aussichten im Orient.

London, 17. März. Reuter meldet aus Malta: Fünf Zerstörer der Flottenstation im Mittelmeer sind am 15. März von Tschanal nach Malta abgefahren. Drei Schlachtschiffe werden morgen abgehen. Diese Schiffsbewegungen werden in dem Sinne ausgelegt, daß die Aussichten im Orient günstiger sind. Die türkischen Gegenvorschläge sind gestern abend in London überreicht worden.

Die neuen türkischen Gegenvorschläge.

Paris, 16. März. Die türkischen Gegenvorschläge sind jetzt in Paris eingetroffen. Die Türken stellen, nach dem „Petit Journal“, folgende Forderungen: 1) Sie verlangen die Insel Kastellorica, die jetzt in italienischem Besitz ist, 2) Was die gerichtlichen Garantien anlangt, so gedenken sie den Ausländern nur eine Beschwerte im Falle einer Verurteilung durch die türkischen Gerichte zuzugestehen. Sie kommen wieder auf den Vorschlag zurück, der in Lausanne in letzter Minute von dem italienischen Delegierten Montagna vorgelegt wurde, den aber die Alliierten zurückgezogen haben. 3) Die Türken weigern sich, die Gültigkeit der von den Konstantinopeler Gerichten während der Besetzung gesprochenen Urteile anzuerkennen. 4) Sie verlangen das Recht, den Fremden die Ausübung gewisser Berufe zu untersagen. 5) Sie wollen sich das Recht vorbehalten, durch Steuerbefreiungen die türkische Industrie zu begünstigen, was, wie der „Petit Parisien“ erklärt, dazu führen könnte, daß die ganze Steuerlast auf die Ausländer fiele. 6) Die Türken wollen durch Zollmaßnahmen die Möglichkeit sichern, gewisse Kontrollen in die Hand zu bekommen. 7) Sie verlangen die Rückzahlung gewisser von der Türkei während der Balkankriege von 1914 verauslagten Summen. 8) Sie lehnen die Unterzeichnung des Friedensvertrags durch die Tschechoslowakei, Belgien, Polen, Portugal ab, die die Mitunterzeichner des Vertrags von Seeres sind. 9) Die wirtschaftlichen Bestimmungen des Vertragsentwurfs von Lausanne sollen aus dem Vertrag herausgelöst werden. — So sehr entgegenkommend sehen diese Forderungen nicht aus.

Deutschland.

Die Entente-Kommission besteht auf Zulassung französischer Offiziere zu den Kontrollaktionen in Deutschland.

Berlin, 17. März. Zwischen dem Auswärtigen Amt und der Interalliierten Militärkontrollkommission hat während der letzten Woche über die Beteiligung französischer und belgischer Offiziere an den Kontrollhandlungen ein Schriftwechsel stattgefunden. Es gelang nicht, die Kommission dazu zu bewegen, daß sie diese Offiziere während der gegenwärtigen kritischen Periode von der Kontrolle ganz zurückhält. Sie erklärte im Gegenteil, daß sie in dieser Hinsicht die bis zum 15. 3. geübte teilweise Zurückhaltung jetzt aufgeben und jene Offiziere in vollem Umfang wieder an der Außenkontrolle beteiligen will. Für den Beginn der kommenden Woche sind bereits verschiedene Kontrollhandlungen angesagt worden, an denen sich franz. und belgische Offiziere, teilweise sogar in Uniform, beteiligen werden. Die Reichs-

regierung ist nicht in der Lage, die Kommission an der Ausführung dieses bedauerlichen Entschlusses, über dessen psychologische Wirkungen sie nicht im unklaren gelassen worden ist, zu verhindern. Es bleibt ihr daher nur übrig, die Defensivität nochmals mit allem Nachdruck darauf hinzuweisen, daß auch die franz. und belgischen Kontrolloffiziere für uns nicht als Organe ihrer Regierungen, sondern lediglich als Organe einer interalliierten Körperschaft zu gelten haben, in der auch diejenigen alliierten Hauptmächte vertreten sind, die sich an der Ruhrgebietsaktion nicht beteiligen. Jede Ausschreitung gegen einen dieser fremden Offiziere ist geeignet, der Reichsregierung unabsehbare außenpolitische Schwierigkeiten einzutragen.

Frankreich und die Putzpläne in Bayern.

München, 16. März. Zur Landesverratsangelegenheit Fuchs-Machhaus-Nickart stellen die „Münchener Neuesten Nachrichten“ gegenüber anderweitigen Presseberichten fest: Die verdächtige Tätigkeit Machhaus' gab zuverlässigen deutsch gesinnten Herren Anlass zu dessen Beobachtung, wobei sich die Verbindung Machhaus mit Fuchs herausstellte. Im Herbst 1922 traten Fuchs und Machhaus an verschiedene vaterländische Organisationen heran. Diese gingen zum Schein auf deren Vorschläge ein, um Einblick in das landesverräterische Treiben von Fuchs und Machhaus zu bekommen. Als nun die Franzosen im Ruhrgebiet auf einen unerwartet starken Widerstand stießen, ließen Fuchs und Machhaus alle Schleier fallen und drängten auf sofortiges Vorgehen, wobei sie als französischen Vertreter den Oberleutnant Nickart vorstellten. Auf Verlangen der Führer der Organisationen kam dieser französische Vertrauensmann der Fuchs und Machhaus zu persönlichen Verhandlungen, wobei er erklärte, die Franzosen bräuchten Unterstützung in der Ruhroperation durch die Herbeiführung eines Staatsstreiches in Bayern, vor allem, um die deutsche Abwehrfront an der Ruhr zu zerbresen. Auf die Frage, warum Frankreich ein solches Interesse an einem Putz in München habe, äußerte Nickart, es beginne jetzt eine neue Ära in der europäischen Politik. Die Ruhroperation sei nicht eine reparationspolitisch, sondern der erste Schritt einer neuen europäischen Politik unter Vormachtstellung Frankreichs. Es werde ein europäischer Völkerverbund geschaffen, der Frankreich, Italien, die kleine Entente, Bayern und teilweise Deutsch-Oesterreich umschleife. Auf die Frage, ob Frankreich keine Sorge wegen des Bolschewismus habe, erwiderte Nickart, zur Bekämpfung des Bolschewismus brauche Frankreich auch Bayern nicht, dagegen könne Bayern sich Frankreichs Dankbarkeit erwerben, wenn zur Unterstützung der französischen Ruhroperationen jetzt eine Aktion in München geschehe. Gegenüber der Behauptung, daß ehemalige Erhardt-Offiziere an den Machenschaften Fuchs und Machhaus beteiligt seien, wird das Blatt erachtet, festzustellen, daß ein ehemaliger Erhardt-Offizier die Aufdeckung der Verschwörung herbeiführte.

Die Reichsregierung gegen jeden Versuch eines aktiven Widerstands gegen den Ruhrstreik.

Breslau, 15. März. Die Pressestelle des Oberpräsidenten teilt mit: Auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten vom 1. Juli 1922 über die zur Sicherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung nötigen Maßnahmen wurde am 10. März der Kaufmann Wilhelm Klemm in Trebnitz, früherer Kreisleiter der von der Reichsregierung verbotenen Arbeitsgemeinschaft Rostbach verhaftet. Klemm propagierte in zahlreichen von ihm einberufenen Versammlungen die Auffstellung von Selbstschutzformationen. Die Bevölkerung wird erneut darauf hingewiesen, daß die Regierung an dem passiven Widerstand gegen die Ruhrbesetzung festhält, dagegen jeden Versuch eines aktiven Widerstands ablehnt. Sie wird gegen jeden Versuch zur Auffstellung von Formationen mit allen Mitteln vorgehen und gegen die Werber wie gegen die Angeworbenen rückstandslos vorgehen.

Die Frage des Getreibeumlagepreises.

Berlin, 17. März. Der 20er-Ausschuß des Reichstags, der sich gestern mit der Preisfestsetzung für das letzte Sechstel des Umlagegetreides beschäftigte, ist zu keinem Resultat gekommen. Ein Antrag der Landwirtschaft, den Preis für die Tonne Roggen auf 827 000 M festzusetzen, wurde abgelehnt, sowie ein weiterer Antrag eines Vertreters der Landwirtschaft, den Preis auf 700 000 M zu erhöhen. Auch ein Antrag eines Vertreters der Städte, den Preis auf 650 000 M festzusetzen, fand keine Mehrheit, desgleichen das Verlangen der Sozialdemokraten, überhaupt keine Erhöhung zu bewilligen.

Der Etat des Verkehrsministeriums.

Berlin, 16. März. Im Haushaltsausschuß des Reichstags beendete der Reichsverkehrsminister die gestrigen Ausführungen gelegentlich der Beratung des Etats seines Ministeriums. Der Minister betonte u. a., daß die Arbeitsintensität des Eisenbahnpersonals in letzter Zeit erfreulicherweise zugenommen habe und die Verkehrsleistungen, besonders im Herbstverkehr, einen merkbaren Aufschlag zeigten. Auch der Personenverkehr sei im letzten Jahre lebhafter gewesen als je. Gelegentliche Schwierigkeiten zeigten sich hauptsächlich nur in der Bewältigung des enorm anwachsenden Berliner Stadt- und Ringbahnverkehrs. Der Minister verspricht sich Abhilfe nur durch Elektrifizierung des Berliner Verkehrs. Der ordentliche Etat der Reichsbahn für 1923 schließt mit rund 10 Billionen Mark ab, der außerordentliche mit rund 2 Billionen. Interessant sei, daß trotz des Anwachsens des Personals der Anteil der Befoldungskosten für die planmäßigen Eisenbahnbeamten an der Gesamtsumme sich gegenüber 1913 von 18,91 auf 13,62 Prozent ermäßigte, dagegen sei beispielsweise der Kohlenanteil von 7,47 Prozent im Jahre 1913 auf 26,5 Prozent gestiegen. An die Ausführungen des Ministers schloß sich eine allgemeine Aussprache. — Eine Billion sind 1000 Milliarden, eine Milliarde bekanntlich 1000 Millionen.

Strafen wegen unbefugten Besizes von Waffen und Munition.

Leipzig, 16. März. Ende April v. J. wurde in einer Bodenkammer der städt. Schulzahnklinik ein Waffen- und Munitionslager beschlagnahmt, das aus dem Bestande eines ehemaligen Zeitfreiwilligenbataillons stammte. Jetzt wurde von der 2. Strafkammer des Landgerichts der Kaufmann Willi Prager wegen unbefugten Waffenbesizes zu 5 Monaten Gefängnis und 100 000 M Geldstrafe verurteilt. Der frühere Direktor der Schulzahnklinik, Medizinalrat Zimmermann, der Student Trübner und der Handlungsgehilfe Rohne erhielten je 100 000 M Geldstrafe. Trübner wurde außerdem wegen Beihilfe zu einem Monat Gefängnis verurteilt.

Begründung des Verbots der nationalsozialistischen Versammlungen.

Leipzig, 16. März. Der Staatsgerichtshof verhandelte gestern über Beschwerden der Nationalsozialistischen deutschen Arbeiterpartei gegen die von verschiedenen Landeszentralbehörden (Preußen, Mecklenburg-Schwerin, Baden, Sachsen, Thüringen, Hamburg und Bremen) erlassenen Versammlungsverbote und Auflösungsverfügungen. Ein Teil der Beschwerden ist, weil verspätet eingeleitet, als unzulässig, der übrige als unbegründet verworfen worden. Das Gericht betrachtete es als erwiesen, daß die Partei Bestrebungen verfolgt, die geeignet seien, die Republik zu beschimpfen und herabzusetzen. Aus den fortgesetzten Antrieben und dem Verhalten Sillers gehe hervor, daß es ihm darauf ankomme, die Republik zu beschimpfen, und die Mitglieder der Partei wüßten sich darin einig.

Vermischtes.

Ein englischer Dampfer gesunken.

London, 17. März. Nach einem Lloydtelegramm aus Singapur ist ein britischer Dampfer infolge eines Zusammenstoßes mit einem japanischen Dampfer auf der Fahrt nach Singapur gesunken. 31 Personen sind umgekommen.

Der ungeschickte Gesandte.

In der neuesten Nummer der „Gartenlaube“ teilt Ernst Rigmann folgendes heitere Gespräch zwischen einem schlagfertigen General und der mehr schönen als gewandten Gattin eines unserer früheren Gesandten mit:

General L. war ein äußerst geistreicher und schlagfertiger Herr. Eines Abends hatte er die Gattin eines sehr im englischen Fahrwasser gefahrenen Gesandten, des Grafen G., zur Tischdame. Ihr in allen Neuheitslichkeiten stark den Engländer kopierender Gatte — zu mehr langte es nicht — war herzlich unbedeutend und hatte als Gesandter bereits mehr Anheil angerichtet, als Gutes geschaffen. Seine Gattin, die Gräfin, war zwar als gute Deutsche geboren, pflegte aber an ihrem Vaterlande selten ein gutes Haar zu lassen. Dabei kam sie nun allerdings bei General L., der ein warmherziger Deutscher war, an die richtige Adresse.

Das Tischgespräch kommt auf die deutsche Sprache, und die Dame zieht gegen die Unklarheit, Undeutslichkeit und Weitschweifigkeit ihrer Heimaltsprache scharf zu Felde. Sie hält sich darüber auf, daß die deutsche Sprache so viel überflüssiges Zeug enthielte, viele Worte — im Gegensatz z. B. zu der knappen englischen Sprache — die sich durchaus miteinander decken, von denen also das eine gänzlich zwecklos und überflüssig sei. Es ergab sich nunmehr folgendes Gespräch:

General L.: „Würden Sie die Güte haben, Frau Gräfin, mir ein Beispiel für Ihre Ansicht anzuführen?“

Die Gräfin: „Gern, zehn für eins. So z. B. 'essen' und 'speisen'.“

General L.: „Doch nicht ganz, Frau Gräfin. Sehen Sie, in der Bibel steht: 'Christus speisete fünftausend Mann'. Er hat sie aber nicht gefressen...“

Die Gräfin: „Nun gut, dann mag ich mit diesem Beispiel unrecht haben. Aber ein anderes: 'schlagen' und 'hauen'.“

General L.: „Auch dies dürfte nicht so ganz treffen. Sehen Sie, Frau Gräfin, die Uhr dort? Diese Uhr schlägt, aber sie haut nicht.“

Die Gräfin (schon etwas ärgerlich): „Meinetwegen; aber noch ein Beispiel: 'senden' und 'schicken'.“

General L. (leise lächelnd): „Auf die Gefahr Ihres Zornes hin, Frau Gräfin, muß ich abermals widersprechen. Sehen Sie, Frau Gräfin, Ihr verehrter Herr Gemahl ist zwar ein 'Gesandter', aber kein 'geschickter'.“

Die Gräfin (diesen kleinen Stich tapfer verbeißend): „Gut, aber wie steht es damit: 'sicher' und 'gewiß'?“

General L. (schmunzelnd): „Frau Gräfin, ich bedauere herzlich, aber auch das trifft nicht zu. Sehen Sie, geht den Fall, es bräche jetzt hier Feuer aus, dann würden Sie mir ohne Zweifel dankbar sein, wenn ich Sie zu einem 'sicheren' Orte brächte. Aber ob auch zu einem 'gewissen'...?“

Jetzt zog die Gräfin aber doch einen Wechsel des Gesprächs-Stoffs vor.

Aus Stadt und Land.

Calw, den 17. März 1923.

Dienstnachricht.

Dem Hauptlehrer Schurr in Simmoneim ist eine Oberlehrerstelle an der Taubstummenanstalt in Emünd unter Enthebung vom Antritt der Lehrstelle an der Hiltshausen in Waiblingen übertragen worden.

Vom Calwer Schlachthaus.

In der Zeit vom 1. bis 15. März 1923 wurden im hiesigen Schlachthaus geschlachtet: 2 Ochsen, 4 Rinder, 1 Ferkel, 8 Kühe, 48 Kälber, 26 Schweine und 3 Schafe.

Ämtliche Bekanntmachung Maul- und Klauenseuche.

Die Seuche ist ausgebrochen in Nachingen O. B. Böblingen.

Calw, den 15. März 1923.

Oberamt: Bögel, Amtmann.

Bekanntmachung

betr. Handwerkskammerwahl 1923.

Die Anmeldungen und Mitgliederverzeichnisse liegen vom 20.—27. März 1923 auf dem Oberamt (Zimmer 2) zur öffentlichen Einsicht und Vorbringung von Einsprachen auf.

Calw, den 16. März 1923.

Oberamt: Bögel, Amtmann.

Die Bekämpfung verbotswidriger Ausfuhr.

Die Grenzbehörden machen darauf aufmerksam, daß die Strafen wegen verbotswidriger Ausfuhr lebenswichtiger Gegenstände aus Deutschland erneut verschärft worden sind. Zu den lebenswichtigen Gegenständen zählen insbesondere Lebens- und Futtermittel aller Art, Zucht-, Nutz- und Schlachtvieh, Häute, Felle und Leder jeglicher Art, Schuhwaren, Nutz- und Brennholz usw. Auch die kleinsten Mengen werden von dem Verbot betroffen und unter Strafe gestellt. Die Mindeststrafe beträgt bei Anwendung mildernder Umstände nicht unter einem Monat Gefängnis, dazu Geldstrafe von mindestens 50 000 M.

Redar-Aktien-Gesellschaft.

Man schreibt uns: In der letzten außerordentlichen Generalversammlung der Redar-Aktien-Gesellschaft ist zur Fortführung der zunächst wichtigsten Bauarbeiten am Redaranal die Erhöhung des Aktienkapitals beschlossen worden. Das Reich und die beteiligten Länder Württemberg, Baden und Hessen haben sich zur Übernahme des gesamten neuen Aktienkapitals bereit erklärt und werden zur weiteren Unterstützung bedeutende Darlehen vorbehaltlich der Zustimmung des Reichstags und der Parlamente der drei beteiligten Länder gewähren. Der Reichstag hat sich in einer Resolution schon vor einiger Zeit dahin ausgesprochen, einer derartigen Anforderung zuzustimmen. Dem württembergischen Landtag wird also in Kürze eine entsprechende Vorlage zur Beratung zugehen, er wird damit vor eine Entscheidung gestellt, die für die wirtschaftliche Entwicklung unseres Landes von weitgehender Bedeutung ist. Sollen doch mit den neu aufgetragenen Mitteln in erster Linie die Kraftwerke von Redarjulin und Wieblingen fertiggestellt werden, das sind die beiden Kraftwerke, deren sicher errechnete Rentabilität die finanzielle Grundlage auch für die Fertigstellung der weiteren Staufusen Sorlage Oberesslingen und Lodenburg und damit die Möglichkeit für die Fortführung der Großschiffahrtsstraße bis Plochingen bildet. Der bayerische Landtag hatte sich erst in den letzten Tagen mit einem ähnlichen Antrag für die Rhein-Main-Donau-Aktien-Gesellschaft zwecks Durchführung eines gleichfalls zunächst auf die wichtigste Elektrizitätserzeugung eingeschränkten Bauprogramms zu befassen. Nach den letzten Meldungen ist der Antrag glatt genehmigt worden. Es ist unnötig, angesichts der heutigen Lage Deutschlands über die Notwendigkeit des raschen Ausbaues aller unserer heimischen Kraftquellen viele Worte zu verlieren, — ganz abgesehen von den Vorteilen eines künftigen Anschlusses an das mitteleuropäische Großschiffahrtsstraßennetz. Das württembergische Volk in seiner weit überwiegenden Mehrheit erwartet jedenfalls, daß der württembergische Landtag nicht hinter Parolen stehen und insbesondere die großen Mittel, die das Reich zur Verfügung zu stellen bereit ist, nicht ausschlagen wird.

Öbung von Rückfahrkarten.

Es scheint nicht genügend bekannt zu sein, daß der Schalterdienst der Eisenbahnstationen wesentlich entlastet wird, wenn in geeigneten Fällen der Reisende bei Antritt der Reise mit der Fahrkarte für die Hin- und Rückfahrt gleichzeitig eine solche für die Rückfahrt kauft. Der Reisende selbst hat hierin Vorteil, weil er dadurch ein zweimaliges Warten am Schalter vermeidet. Das Warten der Rückfahrkarte kommt insbesondere für die Bahnhöfe in der Umgebung großer Städte sowie für den Ausflugsverkehr in Frage.

Freigabe des beschlagnahmten deutschen Vermögens in Amerika

Wie der Sonderbeauftragte des Hansa-Bundes, der nach nunmehriger Annahme des Gesetzes betreffend die Freigabe des beschlagnahmten deutschen Vermögens in Amerika eine eingehende Besprechung mit dem Verwalter des feindlichen Vermögens in Washington hatte, telegrafiert, ist der Treuhänder damit beauftragt, mit größter Beschleunigung die nötigen Ausführungsbestimmungen zu dem Freigabegesetz aufzustellen. Diese Ausführungsbestimmungen, die dem Hansa-Bund sofort zugehen werden, sind innerhalb 14 Tagen zu erwarten. Es wird schon jetzt darauf aufmerksam gemacht, daß unter allen Umständen in jedem Einzelfalle ein Antrag auf Freigabe gestellt werden muß. Interessenten erhalten durch den Hansa-Bund, Berlin NW 7, Dorotheenstr. 36, unentgeltlich Auskunft.

Viebzettel, 15. März. In der gestrigen Gemeinderats-sitzung wurde die Wohnsteuer nach der Verfügung des Min. d. J. u. der F. auf 400 M für männliche und 200 M für selbständige weibliche Personen festgesetzt. Nach derselben Ministerialverordnung ist als Hundsteuer ein Betrag von 6000 Mark für einen Hund und 9000 M für jeden weiteren Hund für unsere Gemeinde ohne besondere Genehmigung zulässig. Ein diesbezüglicher Antrag wurde aber mit 7 gegen 6 Stimmen abgelehnt. Dagegen wurde ein Antrag, der für den ersten Hund 5000, für jeden weiteren 8000 M vorsteht, mit 8 gegen 5 Stimmen angenommen. Die Fremdenwohnsteuer wird in Zukunft bei einer Uebernachtgebühren in Höhe bis zu 500 M 10 Prz., von 500—2000 M 20 Prz. und bei noch höheren Uebernachtgebühren 30 Prz. betragen. Bei

dieser Gelegenheit wurde betont, daß der Ertrag dieser Steuer, im Vergleich zum Ertrag an ähnlichen Plätzen, zeige, daß bei manchen Vermietern in der Ansetzung oder Ablieferung dieser Steuer die erforderliche Gewissenhaftigkeit fehle, zum Nachteil der Gemeinde. — Die Leichenschaugebühr wurde auf den 100fachen Betrag der Gebühr vom Januar 1921 erhöht und beträgt somit jetzt 1000 M. — Ein Gesuch des Kirchenchors um einen Beitrag mußte der Folgen wegen abgelehnt werden. Dagegen wird der Gemeinderat dem Verein auf andere Weise entgegenzukommen suchen.

(S. B.) Stuppach, 14. März. Das berühmte Bild der Stuppacher Madonna von Grünwald ist in Gefahr, durch Feuchtigkeit noch größere Schäden zu erleiden, als schon vorhanden sind. Infolge Feuchtigkeit ist die Kirche ein wenig geeigneter Raum zur Aufbewahrung des kostbaren Bildes. Die Ausbesserung würde ungeheure Kosten verursachen. In einer großen Pfarrgemeindeversammlung einigte man sich auf Veräußerung des Bildes, wenn es günstig verkauft werden kann.

(S. B.) Um, 16. März. Auf dem Bahnhof wurden einem Gepäckträger, während er einem Reisenden das Gepäck in den Zug gab, zwei abseits gestellte wertvolle Koffer mit kostbarem Inhalt gestohlen. Der Täter ist noch unbekannt. Es ist wohl eine abgemachte Geschichte, denn der Gepäckträger wurde von einem Reisenden am vordersten Teil des Zuges gerufen und als er hinkam, schickte er ihn wieder weg. In diesem Moment wurden die Koffer weggenommen.

Geld-, Volks- und Landwirtschaft.

Der Kurs der Reichsmark.

Der Dollar stand gestern auf 20 902 M, der Schweizer Franken auf 3 890 M.

Handel und Industrie.

(S. B.) Göppingen, 16. März. Zum Zweck der Beschaffung der für die Erweiterung der Anlagen des Gaswerks sowie für die Erhöhung des Betriebskapitals des Gas- und Wasserwerks erforderlichen Mittel nimmt die Stadtgemeinde eine wertbeständige Kotsmerianleihe im Gesamtbetrag von 270 Millionen M. auf. Die Schuldverschreibungen lauten nicht auf Geldbeträge, sondern auf 2, 5, 10, 20, 50 und 100 Jtr. Kots. Die Gesamtsumme aller Schuldverschreibungen beträgt 25 000 Jtr. Für die Zahlungen der Stadtgemeinde an Zinsen und Tilgungsraten ist jeweils der Durchschnittspreis während des letzten Vierteljahrs maßgebend. Der Zinsfuß beträgt 6 Prz. Die Anleihe ist bis spätestens 31. März 1948 zu tilgen. Die Kotsmerianleihe wurde vom Gemeinderat einstimmig genehmigt.

Märkte.

Auf dem Märzenmarkt in Schramberg herrschte große Zurückhaltung. Die Preise zeigten rückläufige Tendenz, was die meisten Viehhändler bewog, mit ihren Tieren wieder heimzuziehen. Ein Stück Vieh wurde verkauft zum Preise von 1,4 Mill. M. — Dem Viehmarkt in Balingen wurden 12 Ferkel, 20 Ochsen und Stiere (Preis 1/2 bis 1/3 jährlich 180 000—350 000 M., 1/4 bis 1/2 jährlich 750 000 M. Ochsen 0), 40 Kühe (Preis 800 000 bis 2 Mill.), 43 Kalbinnen (Preis 1,2 bis 2,4 Mill.), 131 Stück Jungvieh (Preis 1/2 bis 1/3 jährlich 200—500 000 M., 1/4 bis 1/2 jährlich 600 000 bis 1 Mill.) zugeführt. Der Handel war sehr flau, da die Preise zu hoch. — Es kosteten: in Balingen ein Milchschwein 80—125 000 M., in Ebingen 75 000 bis 120 000 M., in Tuttlingen Milchschweine 95—110 000 M., Lauer 160 000 M. In Schramberg wurde das Paar Milchschweine mit 200—500 000 M bezahlt.

(S. B.) Stuttgart, 15. März. Dem Donnerstagmarkt am Vieh- und Schlachthof waren zugeführt: 35 Ochsen, 25 Bullen, 140 Jungbullen, 120 Wagnrinder, 141 Kühe, 334 Kälber, 548 Schweine, 24 Schafe. Alles wurde verkauft. Erlös aus je 1 Pund Lebendgewicht: Ochsen I. 1900—2000 Mk., (letzter Markt: 1950—2100 Mk.) II. 1350—1750 Mk., (1450—1800 Mk.) Bullen I. 1600—1700 Mk., (1600 bis 1750 Mk.) II. 1250—1500 Mk., (1350—1500 Mk.) Wagnrinder I. 1900 bis 2050 Mk., (1950—2150 Mk.) II. 1600—1750 Mk., (1650—1800 Mk.) III. 1300—1500 Mk., (unverändert) Kühe I. 1400—1550 Mk., (1400—1600 Mk.) II. 1050—1250 Mk., (1100—1300 Mk.) III. 700—850 Mk., (750—900 Mk.) Kälber I. 1900—2000 Mk., (1950—2150 Mk.) II. 1700—1800 Mk., (1750—1900 Mk.) III. 1450—1600 Mk., (1450 1650 Mk.) Schweine I. 2450—2550 Mk., (2600—2750 Mk.) II. 2150—2350 Mk., (2400—2550 Mk.) III. 1800—2000 Mk., (2100—2300 Mk.) Verkauf des Marktes: langsam.

(S. B.) Witten a. L., 16. März. Bei dem Stammholzverkauf der Stadtgemeinde wurden folgende Durchschnittspreise pro Festmeter erzielt: Rotbuchen I. R. 338 000, 2. R. 347 000, 3. R. 338 000, 4. R. 208 000; Weißbuchen: 3. R. 300—365 000, 4. R. 338 000, 5. R. 250 000; Eichen 4. R. 117 000, 5. R. 83 000, 6. R. 72 000; Fichten 2. R. 123 000, 3. R. 215 000, 4. R. 100 000, 5. R. 88 000; Birken 4. R. 109 000, 5. R. 86 000, 6. R. 42 000; Erlen 5. R. 123 000; Forchen 4. R. 123 000 M. Ein Raummeter eichene Nutholzschleifer kam auf 111 000 M zu stehen.

Für die Schriftleitung verantwortlich: Otto Seltmann, Calw, Druck und Verlag der W. Celschläger'schen Buchdruckerei.

Reklameteil.



Bezirksarbeitsamt Calw Lederstraße 116, Fernsprecher 109.
(Öffentlicher Arbeitsnachweis)

Offene Stellen:

a) für männliche Personen:
2 Stalarbeiter
1 jüngerer Hausburche
1 Pferdehelfer
1 Bäckereihelfer

b) für weibliche Personen:
mehrere Dienstmädchen
1 Köchin (nach Stuttgart)
1 Wäscherin
2 Küchenmädchen
1 Saalfräulein
mehrere Zimmermädchen (zum Teil in Saisonstellen)

Offene Lehrstellen für
2 Bäckerlehrlinge
Calw, den 16. März 1923.

1 Feinlehrling
2 Gärtnerlehrlinge
3-4 Kammmacherlehrlinge,
1 Malerlehrling.

Außerdem für
1 Lehrling für das Verwaltungsfach mit der vorgeschriebenen Schulbildung.

Eine Stelle suchen wir für eine 47 jähr. Kriegswitfrau, die mit ihrem 10 jährigen Mädchen als Haushälterin oder in ähnl. Weise tätig sein möchte.

Verwalter: Prof.

Deckenpfarrn.
Sagdbverpachtung.

Am Samstag, 24. März, nachmittags 2 Uhr wird die diesige Gemeindejagd mit 1142 Ha. Fläche auf dem Rathaus im öffentlichen Aufsteig nach den vom Gemeindegeld aufgestellten Richtlinien auf weitere 3 Jahre verpachtet. Unbekannte Steigerer haben die nötigen Zeugnisse vorzulegen.
Den 12. März 1923.

Gemeinderat.

Verkaufe am Montag, den 19. März, nachmittags von 5 Uhr an, im Gasthaus zur „Schwan“ mein

Wohnhaus
an der Bischofsstraße
samt Gemüsegarten mit Wasserleitung
hinter dem Wohnhaus an der Pforzheimer Bahnlinie.
Franz Stoh, Pfistermeister, Calw.
Einen jährigen Dachshund verkauft der Obige.

Stets vorrätig
garantiert reines
LEIN-OEL
zu billigsten Tagespreisen
ALFRED RECLAM
NAGOLD Fernsprecher 101
Hauptbahnhof.

Gelegenheits-Kauf!!
2 Nähmaschinen „Sinker & Ruh“
fabrikneu je 320 000 Mark.

1 Centrifuge „Geiger“ 130 Liter fabrikneu 200 000 Mark,
1 Centrifuge „Görcke“ 100 Liter fabrikneu 160 000 Mark,
1 Centrifuge „Krupp“ 30 Liter fabrikneu 75 000 Mark

1 Waschmaschine mit Wassermotor
Ehlinger Fabrikat neu 250 000 Mark,
mit selbsttätiger Kontroll- u. W. eide vorrichtung Abgabehalt bis 19 Lit. fast neu 230 000 Mk.

1 Sicherheitsschleifer
1 Kassekühlapparat 40 000 Mark,
1 Brückenwaage 3 Ztr. Tragkraft neu 60 000 Mark,
1 Brückenwaage 6 Ztr. Tragkraft neu 90 000 Mark.

Karl Pfaender, Weilderstadt.

Landwirte! **Der schlagende Beweis!** **Unschätzbare!**

daß Drogerol-Futterkalk von keinem andern Fabrikat übertroffen ist, daß zur Herstellung von

Marke A gar. 5% } 33/4 % phosph. Futterkalk
C : 20% } (Knochenmehl) verwendet wird.
B : reiner }

Darum kauft der kluge Landwirt zur Aufzucht und Mast seiner Tiere nur noch **Drogerol**.
Drogerol ist von der Landesversuchsanstalt Hohenheim bestens begutachtet.

Ein Versuch lohnt sich 100 fach.
All. Herst.: Drogerol-Werke G. Huissel vorm. Geor. Benz, Herrenberg.
Filiale Haigerloch-Hohenzollern.

Vertretung in Calw: Fritz Freudenberger, Bahnhofstrasse 412.

Mieter-Verein Calw.
Auf die morgen Nachmittag 3 Uhr im „Badischen Hof“ stattfindende
Generalversammlung
wird nochmals hingewiesen und werden die Mitglieder aufgefordert vollständig zu erscheinen.
Vorstand.

Dr. med. O. Laubscher
Facharzt f. Haut- u. Harnkrankheiten
practiziert jetzt
Pforzheim Marktpl. 12
im Hause der Pregizer'schen Apotheke
Sprechstunde 10 1/2-1 Uhr und 3-1/2-6 Uhr.
Fernsprecher 1713.

Landw. Bezirksverein Calw.
Frisch eingetroffen ist:
Aleie, Melasse.

Ferner ist auf Lager:
Rathschickstoff,
Kalisuperphosphat,
Kalifalz,
Kainit fein gemahl.,
Koch- und Viehfalz,
Kotklee,
Luzerne,
Bastardseer,
Sommerweizen,
Wicken,
Futtererbsen,
Viktoriaerbsen,
Agererbsen,
Grassamen,
Leinsamen.

Fernsprecher 96. Die Geschäftsstelle.

Milchei! Milchei! Milchei! Milchei!

Unser Verlag
schafft Dir die Möglichkeit,
zum Deutschen Volksopfer
zu geben.

1 Leiterwagen
mit 35 bis 40 Ztr. Tragkraft
neu

1 Federwagen
mit Patenten für Metzger
oder Milchmann geeignet,
zu verkaufen od. vertauschen.
Witb. Ste. mte
Schmie meister
in Neubulach.

1 Paar Halbchuhe, Nr. 40/41,
1 Paar Lackschuhe, Nr. 36,
1 Paar Spangenschuhe, Nr. 36/37
gut erhalten,
billig zu verkaufen bei
Frau Knörzer, Marktpl.

Bettmöbels-
Danke! von Frau Ludwig, Schnaitheim a. Br. 3, esstraße 3 und Frau Kath. Berahat, Oberdichingen D.-A. Ehingen für die Anfertigung durch d. Bettmöbelfabrik des Hrn. Rich. Vogl, amier, München, Wien etc. 73 billig. Bäckchen-Verband Rückporto.

Ein schöner
Blumen-Divan
zu verkaufen
Von mein, sagt die Geschäftsstelle des Bl.

Alte Gebisse
kaufe Kets und zahle für jed. Zahn mit echten Silbten bis zu 3000 Mark.
F. Lück, Bad Liebenzell, Wilhelmstr. 190, 1 Treppe.

Wasserglas
geruchlos,
Garantol
empfeht
Ritterdrogerie
Calw.

Wasserglas
geruchlos,
Garantol
empfeht
Ritterdrogerie
Calw.

Zu verkaufen
Küchenherd,
3,20 Meter,
Herrenanzug off.
Marktplatz 46.
Oberhaugstett.
Ein schönes
Läufer-
Schwein
verkauft
Joh. Hartmann.

Lichtspieltheater Badischer Hof.
Morgen Sonntag mittag 3 Uhr und abends 8 Uhr
Eddi Polo: „Der Zirkuskönig“
5. Teil.
Mit Beiprogramm
Das Waisenkind — Kinder sind wie Blumen
in 6 Akten.
Nachmittags werden auch Jugendliche zugelassen.

Spar- und Consumverein Calw
und Umgegend e. G. m. b. H.
Am Sonntag, 25. März 1923, nachm. 2 Uhr
findet im Saale der Brauerei Dreiß eine
außerord. Generalversammlung
statt mit folgender Tagesordnung:
1. Bericht über die wirtschaftliche Lage. 2. Statutenänderung und Erhöhung der Geschäftsanteile. 3. Verschiedenes.
In Anbetracht der Dringlichkeit der Tagesordnung bitten wir unsere Mitglieder um recht zahlreiches u. pünktliches Erscheinen.
Calw, den 15. März 1923.
Der Aufsichtsrat: Vorsitzender Wilhelm Weber.

Zur
Frühjahrs-Reinigung
empfeht
Bodenöl, Bodenwische in Dosen und offen,
Fußbodenlack reichlich Dienlack, Dienwische, Seolin Messingputz, Putz-pomade, Vorhangcreme, Stoff-farben, Mottentabellen und Pulver,
Kival Möbelpolitur und anderes.
Ritterdrogerie Calw
Fernsprecher 163.

Freiwillige
Versteigerung.
Am Montag, den 19. März 1923, vormittags 1/2 11 Uhr beginnend werden im Hause
in Pforzheim Gymnasiumstr. 135
wegen Aufgabe des Fuhrparks nachgenannte Gegenstände gegen bare Zahlung versteigert:
Verschiedene Wagen, (Handdrücken- Feder-, Patent- u. Britischenwagen mit u. ohne Federn, schwer und leicht,
2 kompl. Leiterwagen, 1 leichter Kastenwagen, 1 fast neuer Jagdwagen, komplett, moderner Jagdwagen, leichte u. schwere
4 Paar kompl. Pferdegeschirre, leichte u. schwere
Winter-, Sommer- Decken, schwere und leichte
Futtertröge u. 2 lange Heuraujen usw.
Kaufliebhaber ladet freundlichst ein
Ludwig Hecht, Auktionator,
Seebühlstr. 4. Fernsprecher 2310.

Wasserglas
geruchlos,
Garantol
empfeht
Ritterdrogerie
Calw.

Zu verkaufen
Küchenherd,
3,20 Meter,
Herrenanzug off.
Marktplatz 46.
Oberhaugstett.
Ein schönes
Läufer-
Schwein
verkauft
Joh. Hartmann.

Wasserglas
geruchlos,
Garantol
empfeht
Ritterdrogerie
Calw.

Zu verkaufen
Küchenherd,
3,20 Meter,
Herrenanzug off.
Marktplatz 46.
Oberhaugstett.
Ein schönes
Läufer-
Schwein
verkauft
Joh. Hartmann.

Mit Schuhputz
Pilo
glänzt im Nu
Der Sonntags- und
der Alltagschuh

Garten-
Verkauf.
Am Montag, den 19. d. M., nachmitt. 2 Uhr, verkaufe ich
zirka 10 Ar Garten
m. Obstbäumen und
Wasseranschluß
beim Bezirks-Krankenhaus,
anschließend an das Georg
Pfeiffer'sche Grundstück, ein-
gezäunt, an den Reifstiegen-
den. Zusammenkunft beim
Krankenhaus.
Carl Reichert,
Agenturgeschäft, mitl. Brücke.

Zugelaufen
ein kleiner
Hund.
Abzuholen gegen Futter-
geld und Einrückungsgebühr
bei Matth. Kling Calw.

Bestellungen auf
Maschinen-
Prektorf und
Strentorf, Böhm.
Braunkohlen,
Britetts und Koks
nimmt entgegen
G. Eitel.
Bei Kropf, Blähbals
auf wirken einwandfrei
Re-Ma-
Strumetten
zu haben in der
Aiten Apotheke.

Wasserglas
geruchlos, empfiehlt
Ch. Schätterer.

TAPETEN
in groß. Auswahl auf Lager
EMIL G. WIDMAIER
Bahnhofstraße.

Bau-Sand
hat abgegeben
Schultheiß Meyle,
Bad Leinach.

Unsere Filiale
in Calw, Biergasse
Gasthaus z. Jungler
kauft dauernd-
Alteisen, Kupfer Messing
Zinn, Zink, Blei, Pappe,
Lumpen, Wein- u. Seht-
Stangen
zu den höchsten
Tagespreisen.
Schwarzwälder Koh-
produkten - Vertretung
Unterreichenbach
D.-A. Calw. Fernnr. 17.

Auf dem
Gelde
rheini
wurde
verle
Auf dem
Gelde
rheini
wurde
verle
Bon hal
Denerl
gesch
daß
franz
schläg
Der deut
des fr
Deutl
Frank
Ruhre
gespro
De
ge
Dank
Samu
minister
der preu
fische
Führer
Gewerks
hier eing
tenen, u
schäftlich
ten Ver
legte dar
Kampf g
gen des
Es habe
weiteren
ber in A
schäft g
wo den
mit ruh
es nicht
sucht hat
der imm
in Mitte
berken n
und deut
eigene a
besthöf
Klebrung
den Heer
der We
Ger mil
Wuch vo
durch ni
kommene
unweh
schäftlich
von Jhn
Sie wuß
bensbedi
Vorwand
Arbeit f
werden f
deutsche
standen
zung bed
nem W